



Rückgang – Aber Vorsicht!

KIEL. Die Zahl der Straftaten in Schleswig-Holstein ist 2013 auf den niedrigsten Stand seit 1980 gesunken. Die Polizei registrierte im vergangenen Jahr 200 000 Delikte, 5,6% weniger als 2012. Jede zweite Tat wurde aufgeklärt. Die Aufklärungsquote stieg um 2,4 Prozentpunkte und ist mit 50,5% die höchste Aufklärungsquote innerhalb der letzten zehn Jahre. Nahezu alle wichtigen Deliktsbereiche weisen höhere Aufklärungsquoten auf. Die Belastung der Menschen mit Kriminalität ging im vergangenen Jahr weiter zurück. Auf 100 000 Einwohner entfielen 2013 rechnerisch 7125 Straftaten. Damit liegt Schleswig-Holstein mit der sogenannten Häufigkeitszahl zum ersten Mal unter dem Bundesdurchschnitt der Vorjahre.

Statistik erfreulich, aber nächstes Jahr kann alles wieder anders sein

Innenminister Andreas Breitner nannte die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) insgesamt erfreulich. Auch der Zehn-Jahres-Trend sei im Saldo positiv. Praktisch stehe nur vor dem Jahr 2009 ein Pluszeichen, ansonsten gebe es Stagnation und Rückgänge. Er warnte jedoch vor voreiligen Schlüssen. „Nächstes Jahr kann alles wieder anders sein“, sagte der Minister. Er äußerte die Hoffnung, dass die aktuelle Statistik und der Blick auf die zurückliegenden Jahre „vielleicht hilft, das politische Ritual zu beenden, wonach sich die Regierung stets für die positive Entwicklung lobt, und die Opposition einen negativen Verlauf der Regierung anlastet.“

Der positive Trend ist trügerisch

Die Polizeiliche Kriminalstatistik sei für die Grundlagenarbeit der Polizei unverzichtbar, sagte Breitner. Allerdings sei sie ein relativ träges Instrument, wenn es darum gehe, Kriminalitätsentwicklungen oder neue Phänomene differenziert abzubilden. Der positive Trend der letzten Jahre sei daher etwas trügerisch. Die Kriminal-

statistik sage sehr wenig über die reale Belastung der Polizei, der Komplexität einzelner Delikte und der Intensität polizeilicher Ermittlungen aus. „Die Schlussfolgerung, weniger Fallzahlen rechtfertigen einen Personalabbau in den Ermittlungsdienststellen der Polizei, ist daher falsch“, sagte Breitner.

Unisono äußerten sich die Landtagsfraktionen über ihre Sprecher erfreut. Simone Lange (SPD) beschäftigte sich darüber hinaus mit der Aufklärungsquote, die ebenfalls gestiegen ist. Beides seien gute Signale. „Es zeigt sich, dass die Spezialisierung der Polizei sowie die speziellen Konzepte zur Bekämpfung einzelner Kriminalitätsphänomene aufgehen; beispielhaft sind hier das Landeskonzert gegen Wohnungseinbruchsdiebstahl oder die Spezialdienststellen zur Bekämpfung von Internetkriminalität zu nennen. Deshalb müssen diese Ansätze auch weiter verfolgt werden.“

Astrid Damerow (CDU) geht einen Schritt weiter, indem sie die Frage nach dem Personal stellt. Der Innenminister hatte angekündigt, verstärkt im Bereich Banden- und Serienkriminalität, Rauschgift und Cybercrime personell zu investieren. „Wo soll das Personal herkommen, wenn gleichzeitig ein Stellenabbau beschlossen wurde?“, fragt die Abgeordnete aus Nordfriesland. „Solange er diese entscheidende Aussage schuldig bleibt, darf er sich nicht über Nachfragen beschweren. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten eine hervorragende Arbeit. Sie haben in dieser Frage eine klare Aussage ihres Dienstherren verdient“, so Damerow. Die CDU-Abgeordnete betonte, die Zahlen der Kriminalstatistik würden erst in Verbindung mit der qualitativen Auswertung zu einem Instrument der strategischen Lagebeurteilung.

Dr. Heiner Garg von der FDP lobt hingegen Breitner. Er habe mit einem politischen Ritual gebrochen und hat den Rückgang bei den Straftaten nicht als Erfolg dieser Landesregierung verkaufen möchten. Denn bekannt ist, dass es zahlreiche Faktoren gibt, die Einfluss auf die Kriminalstatistik nehmen. Ebenso greifen viele Maßnahmen

und Programme bei der Kriminalitätsbekämpfung zum Teil erst nach Jahren. Die Zahlen sind trotz ihrer begrenzten Aussagekraft dennoch erfreulich und zeigen ein weiteres Mal, dass die Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein sehr gute Arbeit leisten. Deren reale Belastungen bei den Ermittlungen sind der Statistik jedoch nicht zu entnehmen.

Mit der PKS an sich beschäftigt sich der Möllner Grünen-Abgeordnete Burkhard Peters: „Die Aussagekraft der Statistik ist begrenzt. Wir Grüne wünschen uns in der Kriminalstatistik eine deutlichere Abbildung der gesellschaftlichen Realitäten. Zwar wird ausführlich und peinlich genau zwischen deutschen und nichtdeutschen Straftäter/-innen unterschieden, es fehlt allerdings ein prominenter Hinweis darauf, dass der Anstieg der ausländischen Tatverdächtigen maßgeblich mit Straftaten gegen das Aufenthaltsrecht zusammenfällt. Genauso fehlt eine differenzierte Betrachtung der Opfer, die auch politische Motivationen hinter der Tat erkennen lässt.“

Manfred Börner, Landesvorsitzender der GdP: „Der Rückgang der Zahlen ist erfreulich, kann aber im nächsten Jahr schon wieder ganz anders dastehen. Wichtig ist, dass die Bevölkerung Schleswig-Holsteins sich objektiv und subjektiv sicherfühlen kann. Geht das aber, wenn wir beispielsweise landesweit eine Aufklärung bei Haus- und Wohnungseinbrüchen von 10,2% haben? Gerade bei dieser Deliktsart werden die Menschen an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen. Deshalb ist die PKS immer nur eine Momentaufnahme. Richtig ist, dass der Innenminister den Schwerpunkt auf Cybercrime legt. Im Internet werden Straftaten begangen, ohne Fingerabdrücke zu hinterlassen und ohne DNA-Spuren abzugeben. Diese Zahlen fließen weitestgehend nicht in die PKS ein. Gleichzeitig beschränken wir uns in der Strafverfolgung aber, indem wir die Daten, die uns zur Verfügung stehen, nicht nutzen. Wenn ich das eine will, muss ich auch

Fortsetzung auf Seite 2



KRIMINALSTATISTIK 2013

Fortsetzung von Seite 1

die Mindestspeicherfristen einführen. Ansonsten wird es nur, wie der Holsteiner sagt, halber Kram.

Ein Mitglied schreibt dem Landesbezirk: „Die PKS-Richtlinien werden jedes Jahr verändert. Beispiel: Wir sind angewiesen, Strafanzeigen wegen gefolgerten Besitzes von BTM bei festgestellten Verkehrsverstößen (§ 24 a) zu fertigen (wer konsumiert hat, muss auch besessen haben), dürfen sie aber nicht mehr in der PKS erfassen.

Heute wird ein Junkie bei Karstadt beim Klauen erwischt. Zwei Wochen später, der erste Fall ist noch nicht abgeschlossen, wird er wieder erwischt. Laut PKS ein Fall.

Letztes Jahr haben wir in einem An- und Verkaufsgeschäft 50 geklaute

Fahrräder rausgeholt. Der Ankäufer hat von 50 verschiedenen Dieben über Wochen Fahrräder gekauft. Ein Fall wegen gewerbsmäßiger Hehlerei.

Ein Fahrraddieb gibt zu, im letzten Jahr 30 Fahrräder geklaut zu haben. Die

Taten können aber nicht weiter spezifiziert werden: Ein Fall.

Deshalb bleiben Zweifel an der Aussagefähigkeit der Polizeilichen Kriminalstatistik bestehen. **rr**

WASSERSCHUTZPOLIZEI

Dezentrale Organisation kommt schnell an Grenzen

GdP-Treffen der Küstenländer in Schleswig-Holstein



Maik Janicki (MV), Rainer Pöpcke (Bremen), Dierk Dürbrook, Henry Losch (MV), Michael Kock (Niedersachsen), Bernd Poschkamp, Dirk Tschöke und Hans-Heinrich Christiansen (Hamburg) v. l.

SIERKSDORF/KIEL. In unregelmäßigen Abständen treffen sich GdP-Vertreter der Küstenländer, um Gemeinsamkeiten zu erörtern und Strategien abzusprechen. So auch am 12. Februar im schleswig-holsteinischen Sierksdorf. Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen waren zu Gast bei der GdP in Schleswig-Holstein. Hintergrund dieses Treffens war die in Schleswig-Holstein begonnene Überprüfung der Wasserschutzpolizei mit dem Ziel, hier Stellen einzusparen.

Die GdP-Vertreter der anderen Länder wollten Hintergründe wissen, konnten Vergleiche ziehen und von ihren eigenen Erfahrungen berichten. Am deutlichsten fiel der Bericht des niedersächsischen Kollegen Michael Kock aus. Dort hatte man jüngst erst die Wasserschutzpolizei dezentralisiert und musste nun feststellen, dass sich dieses System nicht bewährt habe.

Allen Küstenländern ist gemein, dass sie in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen der Nord- und Ost-

see ihre Aufgaben wahrnehmen. Sie sind bei der Wahrnehmung der Aufgaben auf die Zusammenarbeit aller angewiesen. Dennoch ist das Bestehen in einer eigenen Organisationseinheit auch künftig zwingend erforderlich.

Dabei waren rechtliche Fragen (Stichwort Polizeihochheit der Länder) ebenso wichtig wie die Frage der Einsatzmittel, der Personalstärken und vor allem der Rückhalt in den politischen Führungen.

Einig war sich die Runde, dass dezentrale Organisation für eine Fachsparte wie der Wasserschutzpolizei – gerade auf der Basis der niedersächsischen Erfahrung – schnell an ihre Grenzen kommt.

Nachdem auch aus Baden-Württemberg neue Organisationsüberlegungen für deren Wasserschutzpolizei bekannt geworden sind, verabredete die Runde eine Initiative gegenüber dem Bundesvorstand, um Organisationsfragen eingehender zu prüfen und gewerkschaftliche Positionen dazu zu beziehen.

K.-H. Rehr

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 5/2014:
Freitag, 4. April 2014



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



Gewalt gegen Polizisten bleibt ein Thema

Altenholz/tgr – Selten hat eine Veranstaltung an der FHVD wohl eine derart große Aufmerksamkeit gefunden wie die Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Wir im Visier“, die sich dem besorgniserregenden Thema der Gewalt gegen Polizeibeamte gewidmet hatte (die DP berichtete in der letzten Ausgabe).

Über mehrere Monate hatte die Arbeitsgruppe um den Leitenden Polizeidirektor Bernd Lohse neben den Ergebnissen auch präventive Reaktionsmöglichkeiten der Polizei den rund 300 Führungskräften der Landespolizei vorgestellt. Und die Arbeitsgruppenmitglieder hatten Lohse bewusst größtenteils aus Beamtinnen und Beamten des operativen Einzeldienstes zusammengestellt, die täglich hautnah mit der Gewalt und ihren „Vorläufern“ konfrontiert werden. Angereichert wurde die von Carsten Kock moderierte Veranstaltung zudem auch mit Sachvorträgen externer Redner wie der Diplom-Psychologin Karoline Ellrich (Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Gewalt gegen Polizeibeamte“ am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen/KFN), Bernd Winterfeld (Staatsanwaltschaft Kiel), Bernd Möller (Bündnis 90/Die Grünen – Senator für Umwelt, Sicherheit, Ordnung bei der Stadt Lübeck) und Raffael Behr (Professor für Polizeiwissenschaften mit Schwerpunkt Kriminologie und Soziologie an der Hochschule der Polizei Hamburg). Für die Arbeitsgruppe trugen Torsten Ziehm, Torsten Bastian und Kai Born die Ergebnisse der Unterarbeitsgruppen vor.

Da am meisten Polizistinnen und Polizisten des Streifendienstes betroffen sind, denen die Gewalt in ihrem Dienst alltäglich begegnet, standen im Mittelpunkt des Interesses der Tagung zu Beginn die beeindruckenden Schilderungen von zwei 28- und 29-jährigen Lübecker Schutzpolizisten. Sie waren Opfer gewalttätiger Angriffe geworden und beschrieben detailliert im Gespräch mit Moderator Carsten Kock den gewalttätigen Verlauf und die Folgen zweier sogenannter Standard-Einsätze, die unerwartet eskaliert waren und bei den beiden Be-

amten Spuren hinterlassen hatten. Er sei lediglich zu Streitigkeiten gerufen worden, die jedoch nicht nur in Aggressionen und Beleidigungen gegen den Beamten, sondern auch



Bernd Lohse

Foto: Gründemann

mit derbsten sexuellen Drohungen gegen seine Schwester und Mutter ausufernden, berichtet Thomas Hinc.

„Ich bin es schon gewohnt, persönlich beleidigt zu werden. Aber da war ich schockiert und bin danach doch ins Grübeln gekommen, denn so etwas hatte ich bislang noch nicht gehört“, räumte der Polizeimeister ein. Aber damit nicht genug. Acht Monate nach seiner Bäderdienstzeit in Lübeck, in der sich der Einsatz zugetragen hatte, habe sich der Beamte der Eutiner Einsatzhundertschaft privat in einer Diskothek im Innenstadtbereich von Lübeck aufgehalten, als plötzlich unmittelbar neben ihm der Kontrahent vom damaligen Einsatz Platz nahm, den er selbst jedoch zunächst nicht erkannte. Als er die Diskothek mit seinem Freund verlassen wollte, wurde Hinc jedoch von seinem damaligen Gegenüber „erwartet“. Völlig arglos vor die Tür tretend, erhielt er von diesem unvermittelt vier bis fünf Faustschläge ins Gesicht. Mit schmerzhaften Folgen: Eine Woche sei er als Folge des Angriffs krankgeschrieben gewesen, so der Beamte. Seither hat sich sein Leben verändert, sei er vorsichtiger geworden, meide sogar bestimmte Orte. Am Ende seiner Schilderungen zeigte Hinc Anzeichen von Resignation: „Und dass alles, obwohl ich doch nur meine Arbeit mache!“ Und seinem Kollegen Sven Timm geht es offenbar nicht anders. Seit

neun Jahren macht der 29-jährige Oberkommissar Dienst in Lübeck. Er erinnert in seinen Worten an einen Einsatz vor eineinhalb Jahren, einem Sonntagfrühdienst gegen 8 Uhr. Da seien – wie so oft – die letzten Gäste aus den Diskotheken noch unterwegs gewesen. Auch da waren es Streitigkeiten zwischen Männern mit der Folge von körperlichen Auseinandersetzungen, die die Polizei auf den Plan riefen. Mit drei Streifenwagen präsentierten sich die Polizeikräfte am Einsatzort. Und mit ihrem Eintreffen änderte sich die Situation. Unversehens hätten sich die beiden vorherigen „Gegner“ plötzlich gegen die nun eingetroffenen Beamten verbrüderd. „Verpisst euch Scheiß-Bullen, das regeln wir alleine“, lauteten die Begrüßungsworte an die uniformierten „Freunde und Helfer“. Mit ihrem Eintreffen sammelten sich auch zwei Dutzend Schaulustige, die „erwartungsfroh“ ihre Smartphones zückten, um Fotos von einer möglichen körperlichen Auseinandersetzung zu machen. Als ein Schwarzafrikaner einem seiner Kollegen auf den Rücken springt und Schläge an den Hinterkopf und ins Gesicht versetzt, wird klar, dass ein Rückzug der Polizeikräfte nicht mehr in Betracht kommt, berichtet der Oberkommissar. In einem anschließenden Zweikampf stürzt auch Sven Timm umklammert von seinem Kontrahenten, einem „Body-builder-Typen“, zu Boden. Der ihm körperlich überlegene Mann hat Timm im Schwitzkasten und nutzt diese hilflose Lage, um dem Schutzpolizisten wieder und wieder massiv den Kehlkopf einzudrücken. Sven Timm spürt, dass ihm die Luft wegbleibt und ihm schwarz vor Augen wird. „Die Hilflosigkeit war jetzt schlimmer als der körperliche Schmerz. Ich hatte blanke Angst um mein Leben, Atemnot und totale Panik“, bekennt der Beamte. Erst später kann der Einsatz bewältigt werden und die Beamten zum Revier zurückkehren. Sieben Beamte seien dort jedoch notwendig gewesen, um die Blutprobe bei dem „Widerständler“ zu ermöglichen. Danach erst habe Sven Timm

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

dann auch die Würgemale am Hals und fremdes Blut in seinem Gesicht bemerkt. „Da kam ich ernsthaft ins Grübeln und fragte mich, warum ich mir das eigentlich antue“, so der Beamte nachdenklich. Sven Timm erinnert sich auch an obszöne Bemerkungen allerschlimmster Art und Weise gegenüber einer Kollegin. Derartige Beleidigungen und Respektlosigkeit seien aber natürlich keine Einzelfälle, so Sven Timm. Viele Sachverhalte würden aber auch schon nicht mehr angezeigt, weil „sowieso nichts dabei herauskäme“. Sven Timm kritisiert: Der von ihm geschilderte Vorgang sei bis zur Sonderveranstaltung nicht angeklagt und eine Aussage von ihm noch nicht eingeholt worden. Jedoch auch an der Ermittlungsführung in den eigenen Reihen müsse sich etwas ändern.

„Wir sind es doch aber wert, besser geschützt zu werden“, konstatiert der Oberkommissar.

Nach den aufwühlenden Schilderungen der beiden Polizisten aus eigener Erfahrung liefert Karoline Ellrich vom KFN nüchterne Zahlen aus wissenschaftlicher Perspektive und bundesweite Erhebungen. Die Täter bei gewaltsamen Angriffen auf Polizeibeamte seien überwiegend männlich und zu 61,2% unter 25 Jahre alt. 63% der Täter seien ausschließlich deutscher Herkunft, zumeist alkoholisiert (71,7%) und zumeist polizeilich bereits bekannt (64,8%). Bei 30,5% (SH 26%) sei Feindschaft gegenüber Staat und Polizei das Motiv für Attacken. Strafverfahren wären in 86,7% (SH 83,9%) eingeleitet worden.

Untersuchungen belegten zudem, dass vor allem die dienstliche Einsatznachbereitung für die Polizeibeamtinnen und -beamten nach Übergriffen eine herausragende Bedeutung einnehmen würde. Bei fast 56% entsprechender Fälle sei eine Einsatznachbereitung erfolgt. Die fehlende Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzte würden von Betroffenen als belastend empfunden. Die möglichen Folgen von erlebten Gewaltübergriffen würden sich bei betroffenen Beamtinnen und Beamten in Verunsicherung und damit einem veränderten Verhalten bis hin zu Ängsten und Schlafpro-

blemen und Rumination ausdrücken. Die regelmäßige Nachbereitung auf der Dienststelle reduziere dagegen posttraumatischen Stress, so die Psychologin.

Für ein verbessertes Controlling beim Einsatztraining sprach sich Thorsten Ziehm aus der PD AFB als Sprecher seiner Unterarbeitsgruppe aus. Dies sei inhaltlich zudem um die einsatzbezogene Kommunikation und interkulturelle Kompetenz zu ergänzen. Und auch die Bedeutung eines angemessenen äußeren Erscheinungsbildes und das professionelle Auftreten von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz hob Ziehm hervor. Das hohe Ausstattungsniveau der Landespolizei lobte Thorsten Ziehm. So verfüge lediglich Schleswig-Holstein über das ballistische Schutzschild, während



Thorsten Ziehm

Foto: Gründemann

in anderen Bundesländern aus finanziellen Gründen Zurückhaltung geübt werde.

500 bis 600 Widerstandsverfahren im Jahr würden von der Staatsanwaltschaft in Kiel jährlich bearbeitet, berichtete Staatsanwalt Bernd Winterfeld in seinen Ausführungen. Die Anklagequote sei auch relativ hoch, 50 bis 60% würden zu Gericht gehen oder in Strafbefehlen abgehandelt. „Wie im geschilderten Sachverhalt eineinhalb Jahre nichts von einem Verfahren zu hören, das kann nicht sein. Irgendwie muss eine Reaktion erfolgen“, bekannte der Staatsanwalt. Es gebe bedauerliche Einzelfälle, die nicht angemessen verfolgt würden, räumt der Staatsanwalt ein. Die folgenlose Einstellung wegen Geringfügigkeit sollte die Ausnahme sein. Bedeutsam sei eine Signalwirkung. Eine Einstellung nach 153 a StPO sollte die Minimalsanktion sein. „So werden sich Beschuldigte nach Verhän-

gung auch einer geringfügigen Geldstrafe an den Vorfall erinnern“, meint Bitterfeld. So müssten Bemühungen angestellt werden, bei den Staatsanwaltschaften einen einheitlichen Maßstab anzulegen. Da können und müssen wir noch besser werden. Es kann nicht sein, dass einzelne Staatsanwälte oder auch Richter glaubten, dass es zum Berufsrisiko eines Polizisten gehöre, mal was an die Klappen zu bekommen“, unterstreicht Winterfeld. Die Stimmung, dass in diesen Fällen auf eine Anzeigenerstattung durch die Polizei verzichtet werde, weil „doch nichts herauskommt“, dürfe sich nicht verbreiten. „Überschütten Sie uns mit Anzeigen, wenn es zu Vorfällen kommen sollte“, so der Appell des Staatsanwalts an die Polizei. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass bei derartigen Verfahren nichts herauskommen würde. „Lassen Sie uns das Thema offensiv angehen und befördern“, gab Winterfeld den Führungskräften mit auf den Weg. Auf die Möglichkeiten einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt und Polizei wies Bernd Möller (Stadt Lübeck) hin. Dies machte der Innensenator an verschiedenen Beispielen einer „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Lübecker Polizei deutlich. Das „emotionale Lagebild“ betroffener Polizisten im Zusammenhang mit gewalttätigen Übergriffen hielt Bastian an den Tagungsteilnehmern vor Augen. Und auch die Erwartungshaltung an die Polizei selbst, die Ordnungsbehörden und die Justiz riss Bastian aus Sicht der Unterarbeitsgruppe an. „Gefühle und Ängste werden in aller Regel im Zusammenhang mit polizeilichen Anzeigen nicht zum Ausdruck gebracht. Hier können wir besser werden, denn ernst gemeinte Drohungen und auch persönliche Beleidigungen werden oft schon als Gewalt empfunden“, so der Erste Hauptkommissar. Anzustreben sei eine optimierte Fallbearbeitung, beispielsweise der Vernehmung von betroffenen Polizisten als Geschädigte und durch feste Sachbearbeiter sowie eine zügigere Bearbeitung. Ziel müsse ein landesweiter Bearbeitungsstandard sein. Und insbesondere auch das Vorgehen der Justiz sei bedeutsam. „Wichtig wäre eine zeitnahe und konsequente Sanktion. Die Täter müssen davon



SONDERLEHRVERANSTALTUNG GEWALT GEGEN POLIZEI

ausgehen, dass verbale wie körperliche Gewalt gegen Polizisten nicht ungesühnt bleibt“, so Bastian. Und auch eine häufigere Anwendung des beschleunigten Verfahrens sei gerade bei Wiederholungstätern sinnvoll. Auf jeden Fall sollte eine Einstellung ohne Auflage die Ausnahme bleiben. Ideal, so die Auffassung der Arbeitsgruppe um Torsten Bastian, wäre eine zentrale Bearbeitung derartiger Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte durch spezielle



Torsten Bastian Foto: Gründemann

Staatsanwälte mit einem einheitlichen Bewertungs- und Bearbeitungsstandard der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein. Und auch an den Gesetzgeber formuliert Bastian die Erwartungshaltung der Polizei. „Wir brauchen eine Änderung des § 255 LVwG, die eine Fesselung zur Eigensicherung ermöglicht“.

Eine andere Sichtweise der Dinge trug Raffael Behr vor, der eine Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte in Zweifel zieht. Der Soziologe spricht von einer Art Gesellschaftsvertrag, der die Rolle der Polizei als Organisation definiert, die bereit sein muss, Gewalt entgegenzunehmen. Das Gewaltmonopol beinhaltet, dass die Polizei sowohl Gewalt ausüben als auch auf sich ziehen soll, erklärt Raffael Behr. Folglich müsse es für Polizisten völlig normal sein, verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt zu sein. Behr beanstandet dabei eine „inflationäre Verwendung des Opferbegriffs“. Die Sensibilität für Gewalt habe zugenommen, nicht die Gewalt selbst, meint der Professor. „Gegen Polizistinnen und Polizisten gerichtete Gewalt wird dramatischer wahrgenommen als die von der Polizei angewendete Gewalt“, so die These Behrs. Er wehre sich gegen einen inflationären Be-

griff der Gewalt. „Auch ist die Polizei auf den Umgang mit physischer Gewalt besser vorbereitet als auf den Umgang mit ‚Noch-nicht-Gewalt‘“. Viele Polizisten erwarteten vom „Gegenüber“ das Befolgen des „eigenen Regieplanes“. Hier sieht der Professor polizeiliche Kompetenzmängel in der deeskalierenden Kommunikation. „Deshalb warten einige Polizeibeamte im Einsatzfall, „bis die Schwelle überschritten wird“, glaubt Behr zu wissen. Deshalb machte beispielsweise die GdP-Aktion „Auch Mensch – Polizei im Spannungsfeld“ keinen Sinn. „Man müsste die Gesellschaft ändern, das können wir aber nicht“, konstatiert Behr abschließend. Die Selbst- und Führungsverantwortung ist Gegenstand der Ausführungen von Kai Born. „Eine Sensibilisierung für das Thema ist von oben nach unten notwendig“, erläutert Born die Ergebnisse seiner Unterarbeitsgruppe. Vor allem die taktische und emotionale Nachbereitung von Einsätzen mit erlebter Gewalt müsse angestrebt werden. Das erfolge derzeit noch nicht immer einheitlich und unter Nutzung aller Möglichkeiten. „Und das obwohl mögliche Folgen dadurch abgemildert werden könnten“, ergänzt der Erste Hauptkommissar. Und auch ein fester Ansprechpartner in Rechtsschutzangelegenheiten sei im Rahmen der Dienstunfallfürsorge anzubieten. „Viele betroffene Kolleginnen und Kollegen fühlen sich mit ihren Problemen allein gelassen“, weiß Born aus Gesprächen der Unterarbeitsgruppe zu berichten.

Aber auch die Bedeutung einer angemessenen und einheitlichen Dienstbekleidung will der erfahrene Schutzpolizist nicht unerwähnt lassen. „Die Wirkung auf das polizeiliche Gegenüber ist nicht zu unterschätzen“, so der langjährige Revierleiter. Um die notwendige Fitness für den Dienst auf Dauer zu gewährleisten, sei es zudem notwendig, ein adäquates Dienstsportangebot vorzuhalten. Und dies nicht nur für die Zeit der Ausbildung, sondern fort-dauernd auch danach. Mit Blick auf die Eigensicherung sei aber auch auf ein verbessertes Zusammenwirken und Rollenverständnis von Regionalleitstelle und dem Funkstreifenwagen hinzuwirken. „Die Rückkehr zur Sachbearbeitung aus einer Hand wäre auf der Einsatzleitstelle beispielsweise sinnvoll“, erläutert Born.



Kai Born Foto: Gründemann

So wären auch mehr einsatzbegleitende Informationen der Leitstelle an die Funkstreifenbesatzung zielführend und gegebenenfalls gewaltvermeidend. Darüber hinaus sei ein einheitliches Anzeigeverhalten bei gleichen oder ähnlich gelagerten Sachverhalten im Zusammenhang mit verbaler oder körperlicher Gewalt erstrebenswert. „Hier sollte Ziel ein einheitlicher Anzeigen-Level mit Augenmaß sein“, so Kai Born.

Wie die Teilnehmer zeigte sich auch Landespolizeidirektor Ralf Höhs beeindruckt von den Tagungsergebnissen. „Die Fallzahlen der Gewalt gegen Polizeibeamte sind inakzeptabel hoch. Ich stehe dafür, dass wir uns gleich an die Arbeit machen. Denn die Verantwortungsträger der Polizei haben nun die Aufgabe, das Thema auf Grundlage des AG-Ergebnisses innerhalb der Polizei so zu platzieren, dass Polizistinnen und Polizisten weniger Gewalt auf der Straße erfahren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir aber auch die externen Partner wie Staatsanwaltschaften und Kommunen noch stärker mit einbeziehen“, sagte Ralf Höhs am Ende der Tagung. Und auch Bernd Lohse ist inzwischen weiter tätig gewesen. „Ich habe Anfang März ein Abstimmungsgespräch mit den Behördenverantwortlichen geführt und den Vorgang in die Behördenleiterbesprechung eingebracht. Danach soll alles ins Intranet eingestellt werden“, berichtet Lohse dem DP-Landesjournal.

Thomas Gründemann



**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei



JUNGE GRUPPE

„Begrüßung der neuen Dienstanfänger“

Eutin – Mit Spannung und Vorfreude betraten Anfang Februar 50 Neuankömmlinge das Gelände der PD AFB.

Hier wurden die neuen Kolleginnen und Kollegen durch ihr Stammpersonal in Empfang genommen. Gleichzeitig nutzte Julian Mademann (Foto rechts) und Jan Schmidt (li.) (beide JUNGE GRUPPE) die Möglichkeit, um im Namen der GdP zur Einstellung die besten Wünsche zu übermitteln. „Dabei sind wir mit den neuen Auszubildenden auch ins Gespräch gekommen“, berichtet Jan Schmidt. Und als kleine Überraschung der JUNGEN GRUPPE übergaben Mademann und Schmidt in Zusammenarbeit mit der Regionalgruppe AFB den künftigen Kolleginnen und Kollegen ein Begrüßungsgeschenk. Darin befand sich für jede



Anfängerin/jeden Anfänger allerhand Inhalt, um mit Unterstützung der GdP den Einstieg in den Vorbereitungsdienst zu erleichtern. „Gerne wünschen wir unseren neuen Kolleginnen und Kollegen auch auf diesem Wege viel Glück und viel Erfolg für die kommenden zweieinhalb Jahre“, so die beiden JUNGE-GRUPPE-Vertreter.

PERSONELLES

Eggert Werk neuer GdP-Chef



Eggert Werk

Foto: Gründemann

Sandesneben/tg – Einen Wechsel an der Spitze meldet die GdP-Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn. Der neue Vorsitzende heißt Eggert Werk. Der 58-Jährige übernahm das Amt von Manfred Börner, der im November vergangenen Jahres zum Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei gewählt worden war.

Neben Eggert Werk, der dienstlich das Polizeirevier Reinbek leitet

und sich über ein einmütiges Votum freuen durfte, wurden auch weitere Vorstandsmitglieder bestätigt beziehungsweise neu gewählt. So Horst Reichgardt und Marco Hecht-Hinz als Stellvertretende Vorsitzende. Weiterhin als Schriftführerin fungiert Kathrin Schacher. Ihr Vertreter bleibt Dirk Pohlmeier. Als Nachfolger von Eggert Werk übernahm Michael Steiner den Posten des Kassierers. Zum Stellvertretenden Kassierer wurde erneut Jens Jensen gewählt. Tarifvertreterin Ursula Jansen genauso wie Dirk Pohlmeier als Beisitzer Kripo. Ein umfassender Bericht von der Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn folgt in der Mai-Ausgabe des DP-Landesjournals.

Text/Foto: Thomas Gründemann

REGIONALGRUPPEN-TERMIN

Einladung!

Schleswig-Flensburg

Preisschießen am Freitag, 9. Mai 2014, 14.30 Uhr, in Fahrddorf, Schützenheim. Anmeldungen bitte bis 30. April 2014 an: Michael Carstensen, E-Mail: Michael.Carstensen@polizei.landsh.de, Tel.: 04 61-4 84 25 01.

REGIONALGRUPPEN-TERMIN

Einladung!

Regionalgruppe AFB

Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 22. Mai 2014, um 10.30 Uhr in den Kasinoräumen der PD AFB mit dem internen Teil. Nach der Mittagspause wird sie um 13.30 Uhr mit dem öffentlichen Teil fortgesetzt. Hierzu haben wir Innenminister Andreas Breitner eingeladen. Das Motto der Veranstaltung: „Der Innenminister im Kreuzverhör bei der AFB“.



8-tägige Städtereise vom 18. bis 25. November 2014



PEKING & SHANGHAI

METROPOLEN DER GEGENSÄTZE

 Unterbringung im
Doppelzimmer p. P. ab

€ 829,-


Geplanter Reiseverlauf:

- 1. Tag:** Linienflug von Frankfurt nach Shanghai.
- 2. Tag: Shanghai - Peking:** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Sommerpalast inkl. Mittagessen, Hutong-Tour mit Rikschafahrt.
- 3. Tag: Peking.** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Verbotene Stadt mit Kaiserpalast, Platz des Himmlischen Friedens, Himmelstempel inkl. Mittagessen.
- 4. Tag: Peking.** Ausflug (fakultativ) Große Mauer, Fotostopp Olympiapark, Fußmassage und Mittagessen.
- 5. Tag: Peking - Shanghai.** Transfer zum Weiterflug nach Shanghai.
- 6. Tag: Shanghai.** Ausflug (fakultativ) Besuch der Altstadt mit Teehaus, Zick-Zack-Brücke, Yu-Garten, inkl. Mittagessen.
- 7. Tag: Shanghai.** Ausflug (fakultativ), Jade-Buddha-Tempel, Uferpromenade Bund inkl. Mittagessen und Abschiedsessen - Transfer mit dem Transrapid zum Flughafen. Rückflug.
- 8. Tag:** Ankunft in Frankfurt.

Ihre Hotels:

Holiday Inn Chang An West 4 Sterne in Peking
Hotel Grand Mercure Baolong 4 Sterne* in Shanghai

Eingeschlossene Leistungen:

- Linienflug mit China Eastern (Economy Class) von Frankfurt und zurück
- Innerchinesische Flüge mit China Eastern von Shanghai nach Peking und zurück.
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand 08/2013).
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 3 Nächte in Peking und 2 Nächte in Shanghai in den genannten Hotels o.ä. inkl. 5x Frühstücksbuffet.
- Örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung.
- Infomaterial und Reiseführer, ÖPNV-Coupon.
- Visabesorgung
- PSW-Reisebegleitung

Reise wie beschrieben	pro Person ab
Unterbringung im Doppelzimmer	829,- Euro
EZ-Zuschlag	120,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	169,- Euro
Akrobatikshow am 6. Tag	25,- Euro
Rail & Fly 2. Klasse	61,- Euro
Pekingente-Abendessen am 4. Tag	25,- Euro
Visagebühren	ca. 90,- Euro

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Veranstalter: DERTOUR GmbH & Co KG, 60424 Frankfurt/M. Irrtum, Zwischenverkauf, Programm- und Routenänderungen bleiben vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 17 Personen.

 8 Tage Erlebnisreise
vom 06. bis 13. Sept. 2014

Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker


 pro Person im Doppelzimmer
1.099,00 €

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Auf dieser Reise erleben Sie die bezaubernde Landschaft des Baltikums und der Kurischen Nehrung sowie die Städte Tallinn, Riga und Kaunas

Reiseverlauf:

- 06.09. Flug mit Lufthansa nach Tallinn
- 07.09. Erleben und erkunden Sie das mittelalterliche Tallinn
- 08.09. Fahrt in das Ostseebad Pärnu und weiter nach Riga
- 10.09. Erkunden Sie die Gassen der Altstadt von Riga
- 11.09. Rundgang durch die Hafenstadt Klaipeda
- 12.09. Mit der Fähre auf die Kurische Nehrung
- 13.09. Über Kaunas nach Vilnius
- 14.09. Besichtigung der Altstadt von Vilnius
anschl. Rückflug nach Deutschland

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

pro Person im Doppelzimmer **1.099,00 €**
Einzelzimmeraufschlag **230,00 €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Leistungen

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa nach Tallinn
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

Ihr Gebeco Mehr Wert:

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur

Fotos: Gebeco - Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG - Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Kiel



Und was sonst noch so war ...

7. Februar

Die CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Damerow und Peter Sönnichsen fühlen der Landesregierung wegen der Polizeipräsenz im Kreis Plön auf den Zahn. In einer umfangreichen Anfrage verlangen sie von der Landesregierung einen „Tätigkeitsnachweis“. Hintergrund sind organisatorische Maßnahmen der Polizeidirektion Kiel, die eine Schließung von Dienststellen nach sich ziehen. Bedenklich sind die Zahlen zu Haus- und Wohnungseinbrüchen im Kreis: Sie sind innerhalb von zehn Jahren von 103 auf 205 gestiegen, während die Aufklärungsquote im genannten Zeitraum von 14,6% auf 8,8% gesunken ist. Auch nach der Zahl der Beamten, die im Kreis Plön ihren Dienst verrichten, wurde gefragt. Waren dies 2002 noch 155 Beamtinnen und Beamte, sind es 2013 nur noch 112 Beamtinnen und Beamte. Gleichzeitig stieg das Durchschnittsalter der Beamtinnen und Beamten. MdL Peter Sönnichsen (CDU): „Die Zahlen der Delikte sprechen nicht für eine Reduzierung der Beamtinnen und Beamten im Kreis.“

14. Februar

Immer wieder werden wir gefragt, wie es sich mit den sogenannten Rüstzeiten, zu denen auch das Anlegen der Uniform gehört, arbeitszeitrechtlich verhält. In der Vergangenheit hat es dazu verschiedene Verfahren vor Verwaltungsgerichten in NRW gegeben. Heute schreibt mir mein Kollege Bernd Kohl von der GdP NRW: „Zurzeit ist nur das Urteil auf dem Markt, dass zwar das Anlegen von Ausrüstungsgegenständen, nicht aber der Dienstkleidung als Arbeitszeit bewertet wird. Es sind noch Folgeverfahren anhängig, die aber noch nicht entscheiden sind.“ Wir werden weiter berichten.

25. Februar

Die Regionalgruppe AFB mit Axel Dunst an der Spitze und mit Unterstützung der GdP-Geschäftsstelle durch Nicole Jelinsky hat heute einen offiziellen Begrüßungsabend für alle Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger veranstaltet. Nach langer Zeit wurde wieder zu einem „Zwischentermin“ eingestellt: Zum 1. Februar begannen in Eutin 50 Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger. An ihrem ersten „Diensttag“ am 3. Februar hatte sie bereits die JUNGE GRUPPE mit einem Begrüßungsgeschenk überrascht und damit ein passant auf sich

aufmerksam gemacht. Heute wird über die Vorteile der GdP, ihre Möglichkeiten und Ziele unterrichtet.

28. Februar

Der NDR recherchiert zu einem Modellversuch der Kölner Polizei. Dort hat man einen Zusammenhang zwischen der Nutzung des Mobiltelefons und Verkehrsunfällen festgestellt und überprüft bei Unfällen die Handys auf vorhergehende Nutzung. Manfred Börner, GdP-Landesvorsitzender, gegenüber dem NDR: „Im Sinne der Verkehrssicherheit ist es eine gute Maßnahme, wenn sie rechtlich sauber durchgeführt wird.“ Börner will, dass bei der Unfallaufnahme die Handynutzung gesondert in der Statistik erfasst wird.

3. März

„Aus Personalnot: Häftlinge tagelang weggeschlossen“, so die Schlagzeile der heutigen Ausgabe der Kieler Nachrichten. Darin auch eine Stellungnahme von Thorsten Schwarzstock, Vorsitzender der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug: „Wir haben die Befürchtung, dass die verständliche Unzufriedenheit der Gefangenen schnell in Wut und Aggression gegen den Vollzugsdienst umschlagen kann.“ Insgesamt ist der Krankenstand der 954 JVA-Beschäftigten hoch: Sie fehlen an 33,5 Tagen im Jahr. Zum Vergleich: Die Versicherten der Techniker Krankenkasse und der AOK waren im vergangenen Jahr 15 bzw. 19 Tage dienstunfähig.

3. März

Heute wird in Schleswig Maren Thomsen als neue Präsidentin des Obergerichtes in ihr Amt eingeführt. Thomsen, Jahrgang 1961, stammt aus Kiel und war zuletzt auch Mitglied des Präsidiums beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Justizministerin Spoorendonk bezeichnete die neue Präsidentin als Gewinn für unser Land und seine neue Justiz.

4. März

Zu Besuch bei mir ein Kollege einer Kieler Dienststelle. Er hatte im Dezember 2012 mit einer Kollegin einen Einsatz vor einem stadtbekanntem Kieler Restaurant. Dort – so die Leitstelle – liege eine hilflose Person. Bei dem Versuch, den stark alkoholisierten Mann in einem Spezialfahrzeug wegzuschaffen, wurde die Person unabsehbar plötzlich renitent und ag-

gressiv. Er wehrte sich und trat dem Kollegen so scharf ans Knie, dass dieser schmerzerfüllt zusammenbrach und zu keiner weiteren Handlung mehr fähig war. Seine Kollegin fixierte die alkoholisierte Person, während andere Besucher sich eher belustigend als hilfsbereit zeigten und darüber hinaus noch dumme Sprüche machten („Guck mal, Polizei auf der Erde. Machen die jetzt so ihren Dienst?“). Schließlich griff dennoch ein Passant ein und unterstützte die Beamtin. Nach Strafanzeige (Widerstand mit Körperverletzung) erreichte ihn diesen Monat die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft. Begründung: Kein hinreichender Tatverdacht. Wir sprechen gemeinsam über Rechtsschutz und darüber, dass der Dienstherr hier eine Verpflichtung seinen Beamten gegenüber besitzt. Bei meinem Anruf im Innenministerium erfahre ich, dass die Staatsanwaltschaft das Landespolizeiamt nicht unterrichtet hat. Herr Fuß, Stellvertretender Leiter der Polizeiabteilung, nimmt sich des Falles an.

6. März

14.00 Uhr – Sitzung des Landeskontrollausschusses. Der Kontrollausschuss ist zuständig für die ordnungsgemäße Durchführung der Beschlüsse des Delegiertentages und der satzungsgemäßen Arbeit des Landesbezirks. Er nimmt Beschwerden entgegen und ist Letztentscheidungsorgan bei Rechtsschutzstreitigkeiten. Daneben ist er für die Beilegung innergewerkschaftlicher Streitigkeiten zuständig. Der Delegiertentag hat den Landeskontrollausschuss neu zusammengesetzt. Ihm gehören jetzt an: Frank Lassen, Jörg Rieckhof, Thomas Handschuck, Michael Koettlitz, Sven Neumann, Kristin Stielow und Stefanie Swiatek.



Der Landeskontrollausschuss: Sven Neumann, Michael Koettlitz, Kristin Stielow, Frank Lassen, Stefanie Swiatek, Thomas Handschuck und Jörg Rieckhof
Foto: TG

